



AUßERORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

DER JUSOS MÜNSTER

Antragsbuch

11. September 2014

Inhalt

Einladung	3
Tagesordnung & Formalia	4
Geschäftsordnung	5

Antragsbereich

Gegen jeden Antisemitismus! Erinnern und Handeln – Ein Positionspapier	6
Umstrukturierung des Strafvollzugs	9
Ablehnung aller Schüler(*innen)-Verbindungen	13

An
alle Jusos im UB Münster



Einladung zur außerordentlichen Mitglieder- versammlung 2014

Bahnhofstr. 9, 48143 Münster
Tel.: 0251/77099
Fax: 0251/793002
Mail: info@jusos-muenster.de
Internet: www.jusos-muenster.de

Münster, der 20. August 2014

Liebe Genossin, lieber Genosse,

hiermit laden wir Dich herzlich ein zur außerordentlichen Juso-Mitgliederversammlung

am Donnerstag, den 11. September um 18 Uhr
im SPD-Parteibüro, Bahnhofstr. 9, 48143 Münster.

Wir wollen mit Dir Anträge diskutieren und beschließen. Außerdem wollen wir uns Gedanken über die bevorstehende Landeskonferenz in Duisburg machen und Nominierungen für den nächsten Landesvorstand aussprechen.

Du bist herzlich willkommen, Dich an den Diskussionen, Abstimmungen und Wahlen zu beteiligen. Wir freuen uns daher auf Dein Kommen!

Für eine bessere Planung der Veranstaltung bitten wir um kurze Anmeldung unter info@jusos-muenster.de.

Mit jungsozialistischen Grüßen

Matthias Glomb
Sprecher der Jusos Münster

Marius Herwig
stellv. Sprecher

Lena-Rosa Beste
stellv. Sprecherin

Maren Maiwald
stellv. Sprecherin

Janis Fifka
stellv. Sprecher

Sarah Weiser
Beisitzerin

Jonathan Mende
Beisitzer

Außerordentliche Juso Mitgliederversammlung am 11. September 2014

Vorschlag Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl eines Präsidiums
3. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
4. Beschluss der Tages- und Geschäftsordnung
5. Grußworte
6. Beratung vorliegender Anträge
7. Nominierung(en) für den Juso-Landesvorstand
8. Verschiedenes

Formalien:

- Stimmberechtigt sind alle im Unterbezirk Münster gemeldeten SPD-Mitglieder vor Vollendung des 35. Lebensjahres und alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Jusos im Unterbezirk Münster.
- Jedes Juso Mitglied im Unterbezirk Münster kann eigene Anträge einbringen. Diese sollten jedoch spätestens bis zum 1. September 2014 (Antragsfrist) an den Juso-Unterbezirksvorstand unter info@jusos-muenster.de oder an die Adresse Bahnhofstr. 9, 48143 Münster geschickt werden (Es gilt der Posteingang).
- Kandidaturen und Personalvorschläge können bis um 18.30 Uhr am Tag der Mitgliederversammlung (11. September 2014) eingebracht werden.
- Alle fristgerecht eingegangenen Anträge findet ihr spätestens ab dem 4. September 2014 im Internet unter www.jusos-muenster.de im Bereich „a.o. Mitgliederversammlung 2014“. Falls jemand keinen Internetzugang hat, genügt ein kurzer Anruf unter 0251/77099 (SPD-Büro) und ihr erhaltet die Unterlagen per Post.

Außerordentliche Juso-Mitgliederversammlung 11. September 2014

Vorschlag für Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigt sind alle im Unterbezirk Münster gemeldeten SPD-Mitglieder vor Vollendung des 35. Lebensjahres und alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Jusos im Unterbezirk Münster.
2. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit die Satzung keine andere Handhabung vorschreibt.
3. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt:
Getrennt nach Genossinnen und Genossen werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort erhält dann jeweils im Wechsel ein Genosse und eine Genossin bzw. umgekehrt (Reißverschlussprinzip). Liegen nur Wortmeldungen von Genossen bzw. Genossinnen vor, wird auf der Redeliste so lange in der Reihenfolge der Wortmeldungen weitergegangen, bis sich wieder eine Genossin bzw. ein Genosse meldet.
4. Die Redezeit für Diskussionsredner*innen beträgt höchstens zwei Minuten. Jede*r Redner*in kann zweimal sprechen.
5. Kandidaturen und Personalvorschläge können bis zum 11. September 2014 um 18.30 Uhr beim Präsidium eingereicht werden.
6. Initiativ- und Änderungsanträge zu vorliegenden Anträgen können nur zur Abstimmung kommen, wenn sie dem Präsidium der Mitgliederversammlung schriftlich vorliegen.
7. Initiativanträge sind Anträge, die sich nach Ablauf der satzungsgemäßen Antragsfrist aus der aktuellen politischen Situation ergeben. Sie müssen, soweit sie sich nicht aus der Diskussion während der Mitgliederversammlung ergeben, ½ Stunde nach Annahme der Tagesordnung dem Präsidium schriftlich vorliegen. Sie bedürfen der Unterschrift von mindestens 5 Mitgliedern der Jusos aus dem Unterbezirk Münster. Über die Zulassung entscheidet die Mitgliederversammlung.
8. Abstimmungen zu Sachanträgen erfolgen öffentlich.
9. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt werden. Der Antragsteller bzw. die Antragstellerin erhält außerhalb der Reihenfolge der DiskussionsrednerInnen das Wort. Über Anträge zur Geschäftsordnung wird abgestimmt, nachdem ein*e Redner*in für und ein*e Redner*in gegen den Antrag gesprochen hat.
11. Für die Wahlen gelten die Vorschriften der Wahlordnung/ des Organisationsstatuts.

GEGEN JEDEN ANTISEMITISMUS! ERINNERN UND HANDELN – EIN POSITIONSPAPIER

Antragssteller*in: Fabian Bremer

1 Rund 70 Jahre nach der endgültigen militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus und dem
2 Ende des zweiten Weltkrieges bricht sich ein kontinuierlich brodelnder Antisemitismus mit neuer Kraft
3 die Bahn. Die letzten Überlebenden der Shoah müssen miterleben, wie in Deutschland „Juden ins Gas!“
4 skandiert wird und jüdische Menschen auf offener Straße angegriffen werden. Gleichzeitig steht Israel
5 als Schutzraum für von Antisemitismus Verfolgte unter ständiger Attacke – sowohl militärisch, als auch
6 medial. Zeit sich als sozialistischer Verband deutlich zu positionieren.

7

8 Kein Vergeben! Kein Vergessen!

9 In wenigen Jahren wird es keine Zeitzeug*innen mehr geben, die von den Schrecken des Faschismus
10 berichten können. Ebenso werden auch die letzten Täter*innen dieser Zeit gestorben sein – nicht
11 wenige ohne jemals irgendeine Strafe erhalten zu haben. Für zukünftige Generationen wird die Zeit
12 der NS-Herrschaft immer weiter zurückliegen. Die Aufgabe der Jugend die Grauen der Shoah in Erin-
13 nerung zu halten und den Faschismus zu entlarven, wird somit auf Menschen übertragen, die nach
14 1945 geboren wurden. Aus Zeug*innen müssen Zeug*innen von Zeug*innen werden. Dies darf nie-
15 mals dazu führen, dass die Opfer vergessen werden oder den Täter*innen vergeben wird! Es ist ge-
16 schehen und es kann wieder geschehen. Der Schwur, dass sich Auschwitz nie wiederholen darf, muss
17 als gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, von der sich niemand ausnehmen kann, verstanden werden.

18 Es darf auch nicht in Vergessenheit geraten, welche Kontinuitäten es nach dem Nationalsozialismus in
19 Politik und Gesellschaft gegeben hat. In deutschen Behörden saßen noch lange nach 1945 die Tä-
20 ter*innen der NS-Zeit, deutsche Firmen, die direkt oder indirekt an der nationalsozialistischen Vernich-
21 tungsmaschinerie beteiligt waren und/oder Zwangsarbeiter*innen beschäftigt hatten, existieren oft
22 weiter – häufig ohne jemals die eigene Vergangenheit aufgearbeitet zu haben.

23

24 Nie wieder Auschwitz! Antisemitismus in jeder Form den Kampf ansagen!

25 Antisemitismus gibt es in allen Bereichen der Gesellschaft, nicht nur in der radikalen Rechten. Wirre,
26 aber stets antisemitische Verschwörungstheorien finden sich bis weit in die deutsche Friedensbewe-
27 gung und selbsternannte Linke. Manchmal zeigt sich der Antisemitismus offensichtlich, wenn bei-
28 spielsweise von einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ gesprochen wird, manchmal
29 fließen antisemitische Vorurteile nur subtil in Aussagen oder in Berichterstattungen ein, wenn z.B. das
30 pluralistische Israel mit dem südafrikanischen Apartheidregime verglichen wird oder an die historische
31 Erfahrung appelliert wird und Handlungen Israels mit denen Nazideutschlands verglichen werden.
32 Antisemitismus ist dort, wo Menschen bei Nachrichten über jeden Krieg gelangweilt wegschalten, aber
33 sobald der Jude unter den Staaten beteiligt ist, empört auf die Straße gehen. An Stammtischen, in
34 Internetforen und in den etabliertesten Medien – überall ist er zu finden. Es wird von
35 „Antisemitismuskeule“ gefaselt und mit sarrazinscher Logik das gesagt, von dem behauptet wird man
36 dürfe es nicht sagen. Wir stellen uns gegen jeden Antisemitismus – egal in welcher Form er auftritt.
37 Wir widersprechen den Parolen und lassen uns nicht von vermeintlich einfachen Lösungen beeindrucken.
38

1 Solidarität mit Israel! Kein Frieden mit dem Terror!

2 Israel ist eine historische Notwendigkeit. Die Shoah war der unfassbare Gipfel einer jahrtausendlangen
3 Geschichte der Verfolgung und Unterdrückung der Jüdinnen und Juden in Deutschland und Europa.
4 Der Mord an 6 Millionen Jüdinnen_Juden hat es unverzichtbar gemacht einen Schutzraum für von
5 Antisemitismus Verfolgte zu schaffen. Aber seit Staatsgründung wird Israel immer wieder angegriffen.
6 Vornehmlich islamistische Terrororganisationen bedrohen und attackieren Israel und träumen von
7 judenfreien Ländern. Israel hat wie jeder andere Staat ein Recht sich gegen solche Aggressionen zu
8 verteidigen – auch militärisch. Die Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in
9 Israel, Palästina und der Umgebung und eine Zwei-Staaten-Lösung als möglicher Beginn eines solchen
10 Zusammenlebens, kann es mit diesem antisemitischen Terror nicht geben – das Ende der Herrschaft
11 der Hamas und des Einflusses anderer Terrororganisationen, wie der Hisbollah, sind zwingende Vo-
12 raussetzungen. Die regressiven Bestrebungen der Fatah zu einer Einheitsregierung mit der Hamas sind
13 falsche Schritte.

14 Unsere Solidarität gilt Israel und denen, die sein Existenzrecht verteidigen. Unsere Solidarität gilt
15 ebenso allen demokratischen und emanzipatorischen Kräften in den arabischen Ländern, die unter
16 dem Terror ebenso leiden. Nur mit ihnen kann es eine stabile Zwei-Staaten-Lösung und ein dauerhaft
17 friedliches Zusammenleben in Israel und Palästina und in der Umgebung geben.

18

19 Nein, nein, das ist nicht der Sozialismus! - Verkürzte Kapitalismuskritik entlarven

20 In der deutschen und europäischen Linken tritt Antisemitismus oft versteckt als Israelkritik oder –
21 noch dezenter – eine gespiegelte Variante in Form von verkürzter Kapitalismuskritik auf. Niemand hat
22 sich diese so sehr auf die Fahnen geschrieben, wie die Bewegung „Occupy“ mit ihrer „We are the
23 99%“ Parole. Die Annahme, dass „the 1%“ an den Missständen der Gesellschaft Schuld ist, personali-
24 siert das wahre Problem: Den Kapitalismus. Es wird zu „denen da oben“ abgegrenzt, die angeblich
25 allen Einfluss haben – hätten sie ihn nicht, wäre die Welt in Ordnung. Dieses Szenario öffnet Tür und
26 Tor für Antisemitismus von Verschwörungen über eine jüdische Weltherrschaft bis zu Kritik an einzel-
27 nen – meist jüdischen – Banken und ihrer angeblichen Schuld an Armut und Krise. Doch es ist grundle-
28 gend falsch. Die kapitalistische „Logik“ funktioniert in allen Bereichen des Lebens und beschränkt sich
29 nicht auf Menschen in führenden Positionen. Unsere sozialistische Alternative zu den bestehenden
30 Verhältnisse setzt mit der antikapitalistischen Kritik tiefer an. Solange die Kapitalakkumulierung wei-
31 terhin Ziel jeder Produktion und Handlung ist, wird es Ausbeute geben. Unser Ziel ist eine Gesellschaft,
32 die ihren Fokus auf das allgemeine Wohl aller in der Gesellschaft legt. Dieses Ziel lässt sich durch Bil-
33 dung und aktive Politik erreichen, nicht durch die Entmachtung weniger unter Beibehaltung der be-
34 stehenden Umstände.

35

36 Erinnern heißt Handeln!

37 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist weiterhin verbreitet. Neben Antisemitismus finden sich
38 Rassismus, Sexismus, Homo- und Trans*phobie, Antiziganismus und weitere menschenverachtende
39 Einstellungen in allen sozialen Schichten. Wir sind Antifaschistinnen und Antifaschisten und wehren
40 uns gegen diesen Hass und die Zustände, in denen er Boden gewinnen kann. Wir schreiten aktiv ein,
41 wenn wir ihn erkennen und lassen nicht zu, dass er sich ausbreitet. Wenn Menschen in der Uni, im

- 1 Betrieb, in der Schule oder im Freundeskreis andere Menschen beleidigen, weil sie nicht in ihr Welt-
- 2 bild passen, reagieren wir. Wenn Nazis angreifen, schreiten wir ein. Unser Ziel – die sozialistische Ge-
- 3 sellschaft der Freien und Gleichen – erreichen wir durch Bildung und Aufklärung, durch gelebte Solida-
- 4 rität und unsere tägliche politische Arbeit. Dafür dürfen wir die Opfer des Faschismus nie vergessen.

UMSTRUKTURIERUNG DES STRAFVOLLZUGS

Antragssteller*in: Maren Maiwald

1 Resozialisierung ist die beste Sicherung

2 Die momentane Praxis des Strafvollzugs ist äußerst resozialisierungsfeindlich und geht mit einer hohen
3 Rückfallquote einher. Menschen, die eine Haftstrafe verbüßt haben, sehen sich einer starken Stigmati-
4 sierung und Diskriminierung ausgesetzt. Einige dieser Menschen haben schwere Straftaten begangen,
5 allerdings haben sie ihre Strafe durch die Haft abgegolten und eine Ausgrenzungserfahrung durch die
6 Gesellschaft ist bei dem Versuch der Wiedereingliederung äußerst hinderlich. Deshalb ist es auch un-
7 sere Aufgabe eine gesellschaftliche Diskussion und ein Umdenken im Umgang mit Menschen, die in-
8 haftiert waren, anzuregen, sodass insgesamt ein resozialisierungsfreundlicheres Klima entsteht.
9 Schließlich hat die Gesellschaft vorher offenbar zu einem gewissen Teil versagt und deshalb ist es auch
10 eine gesellschaftliche Aufgabe, für eine Wiedereingliederung zu sorgen.

11 Für uns ist klar, dass eine Resozialisierung das oberste Vollzugsziel sein soll. Denn nur wenn der Straf-
12 vollzug es schafft, die straffällig Gewordenen auf eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft vorzu-
13 bereiten, können auch in Zukunft Straftaten dieser Menschen verhindert werden. Somit stellt die Re-
14 sozialisierung die beste Sicherung dar, nicht hingegen die Verwahrung.

15 Die Haftstrafe ist der größte Eingriff, den der Staat gegen seine Bürger*innen vornehmen kann. Mit
16 diesem Eingriff geht auch eine große Verantwortung vor allem gegenüber den Inhaftierten einher und
17 diese Verantwortung darf nicht ganz oder teilweise an Private ausgelagert werden.

18

19 Weniger Haftstrafen

20 Insgesamt ist die aktuelle Praxis der Vergabe von Haftstrafen ineffektiv. Das Ziel der Resozialisierung
21 kann erst ab einer Haftstrafe von etwa zwei Jahren erreicht werden. Gesetzlich ist zudem sinnvoller-
22 weise vorgesehen, dass Haftstrafen unter einem Jahr zur Bewährung ausgesetzt werden, wenn nicht
23 besondere Gründe dagegen sprechen und der offene Vollzug den Regelvollzug bilden soll. Schaut man
24 sich jedoch die Zusammensetzung der Strafgefangenen nach Vollzugsdauer an, sieht man jedoch, dass
25 über 1/3 aller Gefangenen eine Freiheitsstrafe von unter 9 Monaten und insgesamt knapp 2/3 eine
26 Freiheitsstrafe von unter zwei Jahren absitzt. Auch befindet sich im offenen Vollzug nur ein kleiner
27 Prozentsatz aller zur Freiheitsstrafe Verurteilten. Man sieht also, dass die Praxis der Verurteilung zu
28 einer Freiheitsstrafe deutlich an den sinnvollen gesetzlichen Regelungen vorbeigeht. Dabei kennen
29 diejenigen, die die Haftstrafen vergeben oftmals gar nicht die Zustände, die in Gefängnissen herr-
30 schen, deshalb muss der Besuch bzw. Aufenthalt in einer JVA zu einem Pflichtbestandteil der Rich-
31 ter*innenausbildung werden.

32 Ziel muss es in Zukunft sein, Kurzstrafen zu vermeiden. Diese reißen den verurteilten Menschen in
33 aller Regel nur aus seinem sozialen, familiären und beruflichen Umfeld und sorgen für eine spätere

1 Stigmatisierung. Die Freiheitsstrafe hat in diesen Fällen keine positive Wirkung, sondern nur eine starke negative.
2

3 Ein großes Problem in diesem Bereich ist die Untersuchungshaft. Sie wird häufig aus Gründen der Abschreckung verhängt, was ihrem eigentlichen Zweck, nämlich der Sicherung des Verfahrens, zuwiderläuft. So ist ein abschreckender Effekt darüber hinaus auch empirisch nicht belegbar, es überwiegen im Gegenteil wieder die Nachteile durch das Herausreißen aus dem Umfeld und die spätere Stigmatisierung.
7

8 Vor der Verhängung von Haftstrafen oder Untersuchungshaft soll geprüft werden, ob diese wirklich notwendig ist, denn eine Haftstrafe kann in jedem Fall nur absolute ultima ratio sein, über die man sich, auch bei „Steuersünder*innen“, niemals freuen kann. Vorher muss geprüft werden ob es Alternativen gibt, mit der das verfolgte Ziel ebenso erreicht werden kann. Dabei stellt die elektronische Fußfessel jedoch in der Regel keinen adäquaten Ersatz dar, denn damit wird der Einzelne sich selber überlassen und bekommt keine Hilfe, um Probleme und Sozialisationsdefizite zu bewältigen. Sofern eine Freiheitsstrafe verhängt wird ist außerdem noch zu prüfen, ob diese wirklich notwendigerweise im geschlossenen Vollzug verbüßt werden soll.
15

16

17 Differenzierung der einzelnen Gefangenengruppen

18 Es gibt nicht den*die Strafgefangene*n an sich, sondern auch diese Gruppe setzt sich sehr heterogen zusammen und es bestehen jeweils unterschiedliche Bedürfnisse im Hinblick auf zum Beispiel Arbeit, Ausbildung oder Therapie der einzelnen Strafgefangenen. Mit einer stärkeren Differenzierung ist dann auch ein verstärktes Eingehen und Fördern des Einzelnen möglich. Um das zu verwirklichen ist es notwendig, dass deutlich mehr Stellen im sozialen und psychologischen Dienst der jeweiligen Justizvollzugsanstalten eingerichtet werden und auch die Vollzugsbeamt*innen in diesem Bereich verstärkt aus-und weitergebildet werden.
24

25

26 Haftbedingungen

27 Bisher ist der geschlossene Vollzug auch im inneren der JVA im wahrsten Sinne des Wortes geschlossen. Wenn die Inhaftierten nicht bei der Arbeit sind, verbringen sie die meiste Zeit in ihren Zellen. Ziel sollte es jedoch sein, dass die Türen auf den einzelnen Abteilungen geöffnet sind und so keine Abschottung, sondern eine verstärkte Kommunikation stattfinden kann. Zudem sollte es mehr Wohngruppenkonzepte im geschlossenen Strafvollzug geben.
31

32 Außerdem muss das System der Vergünstigungen grundlegend umgekehrt werden. In der gängigen Praxis erhalten die Inhaftierten erst im Verlauf ihrer Haft Vergünstigungen, wie beispielsweise einen Fernseher. Es sorgt allerdings für ein deutlich besseres Klima in den Justizvollzugsanstalten, wenn schon von Beginn an alle Vorteile gewährt werden und im Fall einer Sanktionierung eines Fehlverhaltens nach einer gewissen Zeit auch wieder alle Vergünstigungen zur Verfügung stehen.
36

37

38 Rente/Arbeit/Ausbildung

1 Die Arbeit ist im Strafvollzug ein wesentliches Element der Resozialisierung, bei dem unter anderem
2 auch Geld für die Zeit nach der Haftentlassung gesammelt werden soll. Die aktuelle Höhe der Vergü-
3 tung ist allerdings deutlich zu gering und ermöglicht es kaum genug Rücklagen zu bilden und ein Neu-
4 start nach der Entlassung ist damit fast nicht möglich. Auch ist es nur schwer mit der Menschenwürde
5 zu vereinbaren, dass ein so geringer Lohn gezahlt wird. Doch gerade in einer solchen verfassungs-
6 rechtlichen Extremsituation ist eine Anerkennung in Form von Geld für die geleistete Arbeit wichtig.
7 Wir Jusos fordern daher, dass im Strafvollzug ein höherer Tagessatz festgelegt wird, der es ermöglicht,
8 menschenwürdiger zu Leben und genügend Rücklagen zurückzulegen. Viele Gefangene haben einen
9 großen Berg an Schulden, dem sie nach ihrer Entlassung häufig hilflos gegenüberstehen. Mit einem
10 höheren Lohn wäre es auch möglich, Teile dieser Schulden schon während der Haft zurückzuzahlen,
11 um den Wiedereinstieg nach dem Gefängnis zu vereinfachen. Wichtig ist auch ein möglichst breites
12 Angebot an Arbeit sowie Aus- und Weiterbildung.

13 Einige Inhaftierte verbringen ihr halbes Leben im Strafvollzug und arbeiten dementsprechend lange,
14 erwerben dabei allerdings keine Rentenansprüche. Wir Jusos fordern auch die Arbeit mehr anzuer-
15 kennen und eine Anrechnung auf die spätere Rente zu ermöglichen.

16

17 Kommunikation nach außen

18 Für jemanden im Strafvollzug ist es wichtig Kontakt zu seiner*ihrer Familie und der „realen Welt“ zu
19 halten, um nach der Entlassung nicht alleine zu sein. Gerade sozialen Kontakte sind ein wichtiger Be-
20 standteil der Wiedereingliederung. Wir Jusos fordern, dass den Gefangenen deutlich mehr als eine
21 oder zwei Stunden Besuchszeit pro Monat zusteht. Außerdem müssen Langzeitbesuche von Lebens-
22 partner*innen und Ehepartner*innen ermöglicht werden. Neben Besuchen ist ein Kontakt nach außen
23 nur per Brief oder Flurtelefon möglich. Das Problem dieser Telefonate sind allerdings die horrenden
24 Gesprächskosten, die vor allem durch die Monopolstellung eines Anbieters bedingt ist, der (fast) der
25 einzige Telefonanbieter an Justizvollzugsanstalten ist. Hier muss unbedingt günstigere Konditionen
26 hingewirkt werden.

27 Völlig am Leben vorbei geht es, dass die Inhaftierten keinen Zugriff auf einen PC, geschweige denn auf
28 einen Internetzugang haben. Gerade kurz vor der Entlassung wäre dies aber ein einfaches und un-
29 kompliziertes Mittel, um zum Beispiel nach einer Wohnung oder einem Arbeitsplatz zu suchen. Dabei
30 lässt sich auch die Gefahr des Missbrauchs begrenzen, wenn nur bestimmte Seiten freigegeben wer-
31 den und das Benutzen des PCs unter Aufsicht in z.B. einem Computerraum stattfindet.

32

33 Nach der Haftentlassung

34 Nach der Haft ist es für die Vermeidung von Rückfällen existenziell, dass die ehemaligen Inhaftierten
35 schnell Fuß fassen und sich in die Gesellschaft integrieren können. Zwar gibt es Hilfe bei der Woh-
36 nungssuche, doch ansonsten werden die Menschen dabei quasi sich selber überlassen. Gerade nach
37 der Gefängnissituation, bei der sie auch bei größt möglicher Freiheit, ständiger Bewachung unterste-
38 hen, ist es wichtig ihnen eine Hilfe an die Hand zu geben, die beratend zur Seite steht. Es wurde bei-
39 spielsweise in NRW bereits ein großes Wiedereingliederungsprojekt durchgeführt, das äußerst erfolg-
40 reich war, jedoch wurde es nur für eine bestimmte Zeit finanziert und nach dem Auslaufen aufgrund
41 von fehlenden finanziellen Mitteln nicht weitergeführt. Doch selbst der beste und resozialisierungs-

- 1 freundliche Strafvollzug bringt wenig, wenn später nicht weiter an der Eingliederung und Resozialisierung gearbeitet wird. So erklären sich unter anderem auch die hohen Rückfallraten, die nebenbei den
- 2 Staat deutlich mehr Geld kosten als effektive Programme nach der Entlassung.
- 3

ABLEHNUNG ALLER SCHÜLER*INNEN -VERBINDUNGEN

Antragssteller*in: Othman Abu Shelbayeh

1 Mit dem Beschluss des Bundesparteivorstands über die Unvereinbarkeit einer DB-
2 Burschenschaftsmitgliedschaft mit der Mitgliedschaft innerhalb der SPD hat dieser einen wichtigen
3 Schritt im Kampf gegen rechte Ideologien innerhalb der SPD getan. Dieser Schritt wäre ohne das Enga-
4 gement der Jusos und Juso-Hochschulgruppen nicht möglich gewesen. Auf dem Bundesparteitag wie
5 auch mit ihren Vertreter*innen im Parteivorstand haben sie für den Unvereinbarkeitsbeschluss gestrit-
6 ten und ihn auch gegen Widerstände in der Partei durchgesetzt. Denn die abstoßende genealogische,
7 völkische und großdeutsche Programmatik der Deutschen Burschenschaften verstößt fraglos gegen
8 die Prinzipien und Werte von SPD, Jusos und Menschlichkeit. Wir fordern, dass dieser Weg weiterge-
9 gangen wird und es zu einer vollständigen Ablehnung aller Verbindungen kommt.

10

11 Entschiedene Ablehnung aller Schüler*innen-Verbindungen

12 Man kann nicht alle Schüler*innen-Verbindungen über einen Kamm scheren, jedoch bedarf es in je-
13 dem Fall einer kritischen Auseinandersetzung mit ihnen. Denn Schüler*innen-Verbindungen zeichnen
14 sich oftmals, wie ihre studentischen Vorbilder, durch sexistisches, deutschnationales und rassistisches
15 Gedankengut aus. Diese Ideologien sind mit unseren Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und
16 Solidarität nicht vereinbar.

17 Dass oft in solchen Gruppierungen zwischen den Geschlechtern unterschieden und abgegrenzt wird,
18 ist für uns nicht hinnehmbar und entspricht nicht dem Bild einer demokratischen Gesellschaft! Die
19 Praxis zeigt, dass es üblich ist in einigen Verbindungen nur deutsche, männliche Schüler mit „sehr gu-
20 tem Familienhintergrund“ aufzunehmen, auch dies lehnen wir entschieden ab.

21 Oft verstehen sich diese Verbindungen als Elite der jeweiligen Schule, die anderen Gruppierungen
22 überlegen seien. Solche Vorstellungen widersprechen unserem Ziel einer offenen, inklusiven und
23 gleichberechtigten Gesellschaft. Die Bildung solcher Strukturen innerhalb von Schulen, ist im höchsten
24 Maß besorgniserregend. Schulen sollen ermächtigt werden sich der Schüler*innen-Verbindungen zu
25 erwehren.

26 Wir sehen in den Pennalverbindungen nichts anderes als eine Vorstufe für spätere Burschenschaften
27 und andere selbstgekürte „elitären“ Studierendenverbindungen. Aus diesen Gründen lehnen wir jegli-
28 che Form der Schüler*innen-Verbindungen entschieden ab.